

## N i e d e r s c h r i f t

### der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 13.11.2007

---

Ort: Ratshof, Raum 105 / 107, Marktplatz 1, 06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 21:30 Uhr

#### Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	16:30 Uhr bis 22:15 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 22:15 Uhr
Herr Frank Sängler	CDU	16:30 Uhr bis 20:00 Uhr
		Vertreter für Frau Weiß
Frau Isa Weiß	CDU	20:00 Uhr bis 22:15 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 22:15 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 21:00 Uhr
Herr Rudenz Schramm	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 22:15 Uhr
Frau Gertrud Ewert	SPD	16:30 Uhr bis 22:15 Uhr
Herr Gottfried Koehn	SPD	16:30 Uhr bis 22:15 Uhr
Herr Dr. Wilfried Fuchs	FDP	16:30 Uhr bis 22:15 Uhr
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS	16:30 Uhr bis 22:15 Uhr
90/DIE GRÜNEN		
Herr Tom Wolter	MitBürger	16:30 Uhr bis 22:15 Uhr
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE	Vertreter für Frau Wolff
		17:00 Uhr bis 21:15 Uhr
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	16:30 Uhr bis 17:00 Uhr

#### Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	Vertretung durch Frau Ewert
--------------------------	-----	-----------------------------

#### zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

#### zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

---

Der TOP 5.8 - Grundschule Büschdorf wird vertagt, da der Vergabeausschuss noch nicht abschließend darüber beraten hat.

Aufgrund der Bitte der Verwaltung wurde die Reihenfolge der Behandlung einzelner Vorlagen verändert.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Folgende Tagesordnung wurde beschlossen:

3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 16.10.2007
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Vorlagen
  - 5.1. Konzept zum Abbau des Altdefizits  
Vorlage: IV/2007/06756
    - 5.1.1 Änderungsantrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE  
- zum Konzept Abbau des Altdefizits  
Vorlage: IV/2007/06868
    - 5.1.2 Änderungsantrag des Stadtrates Frank Sänger, CDU, zur Vorlage IV/2007/06756 -  
Konzept zum Abbau des Altdefizits -  
Vorlage: IV/2007/06867
    - 5.1.3 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - zu TOP 5.1.  
Konzept zum Abbau des Altdefizits (Vorlage-Nr.: IV/2007/06756)  
Vorlage: IV2007/06895
  - 5.2. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2008, sowie  
Beteiligungsbericht über das Jahr 2006  
Vorlage: IV/2007/06692
  - 5.3. Anträge auf Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das  
Haushaltsjahr 2007  
(ZOO)  
Vorlage: IV/2007/06750
  - 5.4. Feststellung Jahresabschluss 2006 der Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und  
Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH  
Vorlage: IV/2007/06787
  - 5.5. Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) für das  
Wirtschaftsjahr 2008  
Vorlage: IV/2007/06749
  - 5.6. entfällt
  - 5.7. Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplan  
Kindertagesbetreuung für den Zeitraum 01.01.2008 bis 31.12.2008  
Vorlage: IV/2007/06725

- 5.8. Grundschule Büschdorf, Brandschutztechnische Maßnahmen  
Vorlage: IV/2007/06746
- 5.9. Ausgliederung der Singschule aus dem Konservatorium "Georg Friedrich Händel" und Überführung in die Trägerschaft der Jugendwerkstatt Frohe Zukunft e.V.  
Vorlage: IV/2007/06659
- 5.10. Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Wochenmärkte und der Volksfeste, Spezial- und Jahrmärkte und andere Sonderveranstaltungen der Stadt Halle (Saale) (Marktgebührensatzung)  
Vorlage: IV/2007/06731
- 5.11. Erste Änderung zur Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer auf Spielgeräte und Spieleinrichtungen sowie Veranstaltungen anderer Art  
Vorlage: IV/2007/06766
- 5.12. Anträge auf Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2007 im Verwaltungshaushalt für Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz und Erstattungen an übrige Bereiche - Kindertagesstätten  
Vorlage: IV/2007/06812
- 5.13. Antrag auf Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für das Haushaltsjahr 2007 im Verwaltungshaushalt für die Hilfen zur Erziehung  
Vorlage: IV/2007/06815
- 5.14. Freigabe von Mitteln zur Umsetzung von Projekten zum Abbau des Altdefizits und deren Verwendung  
Vorlage: IV/2007/06805
- 5.15. Vereinigung der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle und der Kreissparkasse Merseburg-Querfurt  
Vorlage: IV/2007/06813
6. Berichte
  - 6.1. Bericht über den Stand des PPP-Projektes in der Stadt Halle (Saale)
  - 6.2. Bericht über den Haushaltsvollzug
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
8. Anfragen von Stadträten
9. Beantwortung von Anfragen
10. Anregungen
11. Mitteilungen

**zu 3      Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am  
16.10.2007**

---

**Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 16.10.2007 wurde genehmigt.

**zu 4      Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

In der Sitzung des Ausschusses am 16.10.2007 wurden im nicht öffentlichen Teil der Sitzung keine abschließenden Beschlüsse gefasst.

**zu 5      Vorlagen**

---

**zu 5.1    Konzept zum Abbau des Altdefizites  
Vorlage: IV/2007/06756**

---

An der Diskussion beteiligten sich Frau Ewert, Herr Misch, Herr Prof. Dr. Schuh, Herr Bönisch, Herr Dr. Meerheim, Herr Wolter, Herr Sänger, Herr Schramm Frau Szabados, Herr Geier, Frau Eickermann-Riepe (PWC), Herr Lork und Herr Heine.

(17:00 Uhr - Herr Sänger vertrat Frau Weiß zu diesem Tagesordnungspunkt, Frau Wolff wurde durch Herrn Prof. Dr. Schuh vertreten.)

Frau Szabados führte in die Thematik ein und betonte, dass es sich bei der Vorlage um einen Grundsatzbeschluss handele. Die einzelnen Punkte werden noch bei Umsetzung einzeln im Stadtrat beschlossen und auch die Beschlüsse der zuständigen Aufsichtsräte seien noch notwendig. Der Hauptbeitrag zum Abbau des städtischen Altdefizits soll durch die kommunale Wohnungswirtschaft geleistet werden. Für dieses Themengebiet wurde eine Lenkungsgruppe gebildet, in der auch Stadträte Mitglieder waren bzw. sind. Außerdem wurde die Vorlage in den Fraktionen mit der Verwaltung diskutiert. Frau Szabados betonte die Konzeptphase der Vorlage und informierte, dass diese mit Vertretern der Kommunalaufsichtsbehörde vorbesprochen sei.

**Punkt 5 - Beitrag der kommunalen Wohnungsunternehmen**

Frau Eickermann-Riepe (PWC) erläuterte diesen Punkt der Vorlage und erklärte, dass die Planungsrechnungen auf ihre Plausibilität überprüft wurden.

Zu Beginn der Diskussion des Tagesordnungspunktes wurden folgende 3 Anträge verteilt (siehe auch Punkte 5.1.1, 5.1.2 und 5.1.3).



Änderungsantr. 19.1  
1.2007\_11-46-58.pdf



Änderungsantr.  
Sänger 19.11.2007\_1



Änderungsantr. Wolff  
19.11.2007\_11-48-5

Eine Teilnehmerin der Sitzung kritisierte, dass die Anträge erst in der heutigen Sitzung verteilt wurden, so dass eine Befassung in der Fraktion nicht möglich gewesen sei.

Frau Eickermann-Riepe erläuterte, dass die Ansätze für die Beträge der Wohnungswirtschaft mit Hilfe einer investikativen Investorenansprache ermittelt wurden. Die Beträge wurden nach jetzigem Wissenstand ermittelt. Diese seien jedoch nicht festzuschreiben, da sie je nach Umfang und zusätzlicher Bedingungen der Stadt gegenüber dem Verkäufer schwanken können. Ein strategischer Aufpreis sei ebenfalls möglich.

Es erfolgte die Diskussion der einzelnen Punkte.

#### Punkt 1 - PKH

**Herr Bönisch** stellte folgenden **Antrag**:

Punkt 1 wird um folgenden Satz ergänzt:

Das Fortbestehen in wirtschaftlich und juristisch selbständiger Rechtsform ist nicht erforderlich.

Er begründete seinen Antrag damit, dass eine Festlegung auf eine wirtschaftlich und juristisch selbständige Rechtsform ggf. für potentielle Käufer nicht so attraktiv sei. Der Interessentenkreis sollte durch derartige Vorgaben nicht reduziert werden.

Frau Szabados führte aus, dass im Eigenbetriebsausschuss außerordentlich großer Wert auf die Sicherung der Eigenständigkeit des PKH gelegt worden sei.

Auch andere Mitglieder des Ausschusses sprachen sich dafür aus, das Bieterverfahren nicht einzuschränken.

#### **Abstimmung des Antrages von Herrn Bönisch:**

6 Ja-Stimmen

5 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

mehrheitlich zugestimmt

Auf die Frage von Ausschussmitgliedern, warum die Vorlage in der morgigen Sitzung des Hauptausschusses steht, antwortete Frau Szabados, dass Sie der Vorlage eine richtungsweisende politische Bedeutung beimesse und sie deshalb einem zusätzlichen Gremium vor dem Stadtrat vorgelegt werden solle.

#### Punkt 2 - Martha Maria

#### Punkt 3 - Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz

Zu beiden Punkten wurden bereits Grundsatzbeschlüsse im Stadtrat gefasst.

#### Punkt 4 - Verkauf städtischer Immobilien

Frau Szabados führte aus, dass es sich um viele kleinteilige Immobilien handele. Der Stadtrat und der Ausschuss für Finanzen werden entsprechend der festgeschriebenen Wertgrenzen bei der Umsetzung der Verkäufe einbezogen.

Herr Geier fügte auf Anfrage an, dass sich der ursprünglich geplante Ansatz von 23 Mio. € auf die jetzt geplanten 14,5 Mio. € reduziert. Dieser Betrag sei untersetzt und nach jetziger Marktlage realistisch erreichbar. Die städtebaulichen Gesichtspunkte werden vor dem Verkauf mit dem zuständigen GB II abgestimmt.

#### Punkt 5 - Beitrag der kommunalen Wohnungsunternehmen

**Herr Prof. Dr. Schuh stellte einen Antrag - siehe 5.1.1** und begründete diesen. Er ging unter anderem darauf ein, dass die Umsetzung des Stadtumbaus normales wohnungswirtschaftliches Handeln sei und es dazu nicht kommunaler Wohnungsunternehmen bedarf.

Frau Szabados erinnerte daran, dass durch den Stadtrat bezüglich der Wohnungsunternehmen Eckpunkte beschlossen worden seien. Dieser Stadtratsbeschluss stellte die Ausgangslage für das Verwaltungshandeln dar. Sie sprach sich gegen den Antrag von Herrn Prof. Dr. Schuh aus und betonte, dass der Vorschlag der Verwaltung ausgewogen und nicht nur auf ein Themengebiet konzentriert sei. Es werde auch verwaltungsseitig Augenmerk darauf gelegt, den städtischen Einfluss auf die Wohnungsgesellschaften zu behalten und dass die Unternehmen wirtschaftsfähig bleiben.

Herr Prof. Dr. Schuh ergänzte seine Begründung damit, dass der Verkauf weiterer Teile der Gesellschaften vermieden werden solle. Es sei eine politische Entscheidung. 30.000 Wohnungen in städtischer Hand seien nicht nötig.

Mehrere Ausschussmitglieder wiesen darauf hin, dass die Vorlage im Lenkungsausschuss Wohnungswirtschaft begleitet und diskutiert worden sei. Am Beispiel in anderen Städten könne man erkennen, dass es nach einem Totalverkauf soziale Verwerfungen gegeben habe und die festgelegte Sozialcharta nicht eingehalten wurde. Es sei zu bedenken, dass 35 % der Mieter der HWG ALG II Empfänger seien.

Auf der anderen Seite wurde diskutiert, dass der gefundene Kompromiss mit den Geschäftsführungen und Aufsichtsräten der Gesellschaften aufgrund einer großen Drucksituation entstanden sei. Die Folgen und Risiken bei der Umsetzung des Beschlusses seien momentan noch nicht in Gänze abzusehen. Es müsse politisch entschieden werden, ob mehrere Gesellschaften geschwächt werden oder eine Gesellschaft den Beitrag durch Verkauf allein erbringt. Wichtig ist, dass die Probleme der Altdefizite gelöst und nicht nur verschoben werden.

Frau Eickermann-Riepe betonte, dass die Schätzungen nach den Grundregeln eines vorsichtigen Kaufmanns vorgenommen wurden. Eventuell sei ein höherer Erlös erzielbar, der die Verkaufsnotwendigkeit verringert. Die Preisverhandlungen richten sich nach den zusätzlichen Bedingungen der Stadt und seien ein mehrstufiges Verfahren.

**Herr Dr. Meerheim begründete den Antrag der Fraktion Die.Linke - siehe TOP 5.1.3.** Er ging besonders darauf ein, dass die Frage bestehe, wie viel Wohnungen eine Stadt zur Umsetzung ihres wohnungspolitischen Konzeptes benötigt. Dieses liege noch nicht vor. Die Risiken der Umsetzung werden auf die beiden Wohnungsgesellschaften und deren Beschäftigte verlagert. Sie seien unmittelbar betroffen. Ziel des Antrages sei es im

Wesentlichen, dass kein Verkauf an reine Investoren, sondern nur an bestandshaltende Wohnungsunternehmen erfolgt, auch wenn diese weniger zahlen. Konkrete Beträge wurden im Antrag nicht genannt, da dies dem operativen Geschäft der Wohnungsunternehmen obliegt. Der Aufsichtsrat der HWG habe sich gegen die Leasingvariante ausgesprochen, insofern würde es rechtliche Probleme bei der Beschlussfassung in der ursprünglichen Form geben.

Die Mitglieder führten aus, dass es sich um einen schwierigen Prozess handele und die Anträge auch in den Fraktionssitzungen besprochen werden müssten.

Frau Szabados betonte, dass auch die Verwaltung keine Vorgaben gegeben habe, wie viel Wohnungen verkauft werden sollen. In der Vorlage der Verwaltung wurden die Vorschläge der Geschäftsführungen übernommen.

Mehrere Ausschussmitglieder sprachen sich gegen den Antrag aus, sie argumentierten, dass aus diesem Antrag ein höheres Risiko für die Gesellschaften entstehe und diese nicht auf der Strecke bleiben dürften. Außerdem sei die Konsequenz aus einem Beschluss des Antrages, dass die Position 7 der Vorlage (Veräußerung weiteren städtischen Vermögens, insbesondere weitere Beteiligungen) zusätzlich belastet würde, wobei dies die schwächste Position sei. Das Verhältnis des Beitrages von HWG und GWG sei nicht ausgewogen. Es wurde angezweifelt, ob es Unternehmen gäbe, die die Wohnungen zu einem angemessenen Preis kaufen werden.

#### **Herr Sänger erläuterte seinen Antrag - siehe TOP 5.1.2.**

Er erläuterte, dass er diesen Antrag bereits im Lenkungsausschuss gestellt habe.

Es folgte eine kurze Besprechungspause von 15 Minuten. Danach wurden die Anträge abgestimmt - siehe zu den Tagesordnungspunkten 5.1.1 bis 5.1.3.

#### Punkt 6 - Anteile Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

Aufgrund von Anfragen führte Herr Lork aus, dass von Seiten des SWH-Konzerns eine Kaufabsichtserklärung vorliege. Dieser liege eine Wirtschaftlichkeitsberechnung zugrunde. Dem Aufsichtsrat und dem Stadtrat werden noch gesonderte Beschlüsse vorgelegt. Die Transaktionskosten seien in der üblichen Höhe zu erwarten, z. B. für den notariellen Vertrag. Grunderwerbsteuer sei nicht zu zahlen.

Frau Szabados fügte an, dass diese Position mit dem Landesverwaltungsamt vorbesprochen sei. Sollte der Veräußerung der Anteile an den SWH-Konzern nicht zugestimmt werden, müssten 24 Mio. € in einem anderen Bereich konsolidiert werden.

#### Punkt 7 - Veräußerung weiteren städtischen Vermögens, insbesond. weiterer Beteiligungen

Frau Szabados erläuterte, dass die Verwaltung für diesen Punkt an verschiedenen Positionen arbeite. So sei z. B. die Einziehung der Aktien an der Mitteldeutschen Flughafen AG geplant, da auch für die kommenden Jahre Investitionen in beträchtlichen Größenordnungen zu erwarten seien. Eine Vorlage werden für die nächste Sitzung des Ausschusses für Finanzen, ... von der Verwaltung vorgelegt. Sie warb dafür, die allgemeine Formulierung des Punktes zu akzeptieren, um der Verwaltung die Flexibilität für weitere Vorschläge nicht zu nehmen. Das Landesverwaltungsamt würde diese Formulierung billigen. Bezüglich einer Kritik eines Mitgliedes des Ausschusses, dass der Abbau des Altdefizits auf die städtischen Gesellschaften verlagert werde und dieses Handeln keine Nachhaltigkeit der Finanzpolitik darstelle, führte Frau Szabados aus, dass die Verwaltung stringent an der Umsetzung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes arbeite. Der Stadtrat und seine Gremien seien umfassend in diesen Prozess eingebunden. Dieses Haushaltskonsolidierungskonzept

reiche jedoch nicht aus, um das Altdefizit abzubauen. Aus diesem Grund wurde die Vorlage erarbeitet.

Herr Bönisch bat die Verwaltung um Überprüfung, ob es durch den Stadtratsbeschluss bezüglich der EVH-Anteile / Einnahme für Gelände an der A 14 abgedeckt ist, dass diese finanziellen Mittel für den Abbau des Altdefizits verwendet werden dürfen.

### **Abstimmungsergebnis:**

5 Ja-Stimmen  
4 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen  
mehrheitlich zugestimmt

### **Beschlussvorschlag: (Pos. 1 modifiziert)**

Der Stadtrat beschließt unter Abänderung seines Beschlusses vom 25. Oktober 2006 folgende Maßnahmen zum Abbau der Altfehlbeträge:

Pos. 1:

Das Psychiatrische Krankenhaus (PKH) wird von einem Eigenbetrieb in eine gGmbH umgewandelt. Diese ist gesellschaftsrechtlich in die Netzstruktur der in der Stadt Halle (Saale) vorhandenen gemeindenahen psychiatrischen Versorgung durch Veräußerung einzubinden.

***Das Fortbestehen in wirtschaftlich und juristisch selbständiger Rechtsform ist nicht erforderlich.***

Pos. 2:

Vereinnahmung der restlichen Zahlungen aus der Veräußerung der Gesellschaftsanteile an der Städtisches Krankenhauses Martha-Maria Halle-Dölau gGmbH.

Pos. 3:

Veräußerung der Anteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (FEO), die der Stadt Halle (Saale) nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 20. Januar 2005 zustehen, an den SWH-Konzern.

Pos. 4:

Die Stadt Halle (Saale) verkauft städtische Immobilien zu einem Gesamtwert von 14,5 Mio. €.

Pos. 5:

Aus der Neustrukturierung der beiden kommunalen Wohnungsunternehmen soll ein Betrag von 214,4 Mio. € dem städtischen Haushalt zufließen, wobei davon zum Abbau des Altdefizites ein Betrag von 189,0 Mio. € eingesetzt wird.

Diese Maßnahmen verteilen sich auf die beiden Wohnungsgesellschaften wie folgt:

a) Der städtische Haushalt vereinnahmt von der HWG einen Betrag von 81,8 Mio. € in den Jahren 2008 bis 2012. Dazu werden im Wesentlichen Gewinnrücklagen aufgelöst und darüber hinaus Jahresgewinne ausgeschüttet.

Zur Liquiditätsbeschaffung verkauft die HWG Wohnungen und schließt ein sale-and-lease-back-Geschäft über weitere Wohnungen ab.



Ferner wird ein Geschäftsanteil von 25 % an der HWG im Jahre 2010 veräußert.

Für den Fall, dass die HWG die erwarteten Ausschüttungen von insgesamt 81,8 Mio. € nicht erreicht, wird bereits jetzt die Oberbürgermeisterin ermächtigt, für die Höhe der Unterdeckung den Verkauf weiterer Geschäftsanteile einzuleiten.

- b) Der städtische Haushalt vereinnahmt von der GWG einen Betrag von 42,6 Mio. € in den Jahren 2008 bis 2012. Dazu werden im Wesentlichen Gewinnrücklagen aufgelöst und darüber hinaus Jahresgewinne ausgeschüttet.

Zur Liquiditätsbeschaffung verkauft die GWG Wohnungen.

Ferner wird ein Geschäftsanteil von 25 % an der GWG im Jahre 2010 veräußert.

Für den Fall, dass die GWG die erwarteten Ausschüttungen von insgesamt 42,6 Mio. € nicht erreicht, wird bereits jetzt die Oberbürgermeisterin ermächtigt, für die Höhe der Unterdeckung den Verkauf weiterer Geschäftsanteile einzuleiten.

Pos. 6:

Veräußerung der Anteile an der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau an den SWH-Konzern.

Pos. 7:

Veräußerung weiteren städtischen Vermögens, insbesondere weiterer Beteiligungen.

Die Stadt Halle (Saale) verpflichtet sich, aus den unter Pos. 1-7 genannten Maßnahmen bis zum Jahr 2012 insgesamt einen Beitrag von 335,5 Mio. € zum vollständigen Haushaltsausgleich zu erbringen.

Daneben werden in 2007 Mehreinnahmen aus Steuern und allgemeine Finanzausweisungen in einer Gesamthöhe von 19 Mio. € für den Abbau des laufenden Fehlbedarfes eingesetzt und stehen nicht zur Abdeckung von Mehrausgaben in diesem Jahr zur Verfügung.

Mit der Umsetzung des Konzeptes wird die Oberbürgermeisterin beauftragt.

Finanzmittel von 964 TEUR stehen für die Umsetzung der Maßnahmen zur Verfügung. Die Freigabe der Finanzmittel erfolgt durch den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften. Dieser Ausschuss begleitet auch die Realisierung des Maßnahmenpaketes.

Die umzusetzenden Maßnahmen sind dem Stadtrat nach Konkretisierung zur Beschlussfassung vorzulegen. Ein Votum der zuständigen Gremien ist vorher einzuholen.

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Stadträte Wolff / Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - zum Konzept Abbau des Altdefizits  
Vorlage: IV/2007/06868**

---

**Abstimmungsergebnis:**

0 Ja-Stimmen  
9 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen  
einstimmig abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt folgende Änderungen in der Vorlage:

**VI/2007/06756 Konzept zum Abbau des Altdefizit**

Änderungsantrag zur Pos. 5:

Aus der Neustrukturierung der beiden kommunalen Wohnungsunternehmen soll ein Betrag von **364,4 Mio. €** dem städtischen Haushalt zufließen, wobei davon zum Abbau des Altdefizites ein Betrag von **339,0 Mio. €** eingesetzt wird.

a)

Absatz 3 Satz 1:

Ferner wird ein Geschäftsanteil von **100%** an der HWG im Jahre 2010 veräußert.

Absatz 4:

**entfällt**

b)

Absatz 3 Satz1:

**entfällt**

**zu 5.1.2 Änderungsantrag des Stadtrates Frank Sänger, CDU, zur Vorlage  
IV/2007/06756 - Konzept zum Abbau des Altdefizits -  
Vorlage: IV/2007/06867**

---

**Abstimmungsergebnis:**

1 Ja-Stimme

4 Nein-Stimmen

6 Enthaltungen

mehrheitlich abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat beschließt, dass aus dem Bestand der HWG mbH zur Liquiditätsbeschaffung nur 3540 Wohnungen verkauft werden.

Dafür verkauft die GWG 2000 Wohnungen.

**zu 5.1.3 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) -  
zu TOP 5.1. Konzept zum Abbau des Altdefizits (Vorlage-Nr.:  
IV/2007/06756)  
Vorlage: IV2007/06895**

**Abstimmungsergebnis:**

4 Ja-Stimmen

5 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen  
mehrheitlich abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

Position 5 soll lauten:

Aus der Neustrukturierung der beiden kommunalen Wohnungsunternehmen soll ein Betrag von 214,4 Mio. € dem städtischen Haushalt zufließen.

Dieser Zufluss verteilt sich auf die beiden Wohnungsunternehmen wie folgt:

- a) Der städtische Haushalt vereinnahmt von der HWG einen Betrag von 81,8 Mio. € in den Jahren 2008 – 2012. Dazu werden im Wesentlichen Gewinnrücklagen aufgelöst und darüber hinaus Jahresgewinne ausgeschüttet.

Ferner wird ein Geschäftsanteil von 25 % an der HWG im Jahre 2010 veräußert. Voraussetzung ist, dass der Einfluss auf das operative Geschäft der HWG bei der Stadt als Hauptanteilseigner verbleibt.

- b) Der städtische Haushalt vereinnahmt von der GWG einen Betrag von 42,6 Mio. € in den Jahren 2008 – 2012. Dazu werden im Wesentlichen Gewinnrücklagen aufgelöst und darüber hinaus Jahresgewinne ausgeschüttet.

Ferner wird ein Geschäftsanteil von 25 % an der GWG im Jahre 2010 veräußert. Voraussetzung ist, dass der Einfluss auf das operative Geschäft der GWG bei der Stadt als Hauptanteilseigner verbleibt.

Sollten die Wohnungsgesellschaften gezwungen sein, Wohnungen aus ihrem Bestand zu verkaufen, um die geplanten Ausschüttungen bedienen zu können, so hat der Verkauf an Wohnungsgenossenschaften bzw. hiesige bestandshaltende Wohnungsunternehmen zu erfolgen.

Dabei soll das mit diesen Rechtsgeschäften möglicherweise überhängig werdende Personal zur Verwaltung der verkauften Bestände übertragen werden.

Für den Fall, dass HWG und GWG die erwarteten Ausschüttungen von insgesamt 124,4 Mio. € nicht erreichen, wird bereits jetzt die Oberbürgermeisterin ermächtigt, für die Höhe der Unterdeckung den Verkauf weiterer Geschäftsanteile des jeweiligen den Zielbetrag nicht erreichenden Unternehmens einzuleiten. Sollte dies einhergehen mit dem Verlust des Einflusses auf das operative Geschäft der Gesellschaften, so sind Lösungsmöglichkeiten im Rahmen der Position 7 anzustreben.

Hierzu beschließt der Stadtrat gesondert.

**zu 5.2 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2008, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2006  
Vorlage: IV/2007/06692**

---

(20:00 Uhr Herr Dr. Meerheim verließ die Sitzung und Frau Weiß übernahm die Sitzungsleitung.)

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes gab Herr Geier einen Gesamtüberblick über die Veränderungen.

Einige Mitglieder merkten kritisch an, dass es ein trefflicher Zufall gewesen sei, dass die VVV genau noch den Beitrag zur Deckung anbieten konnte, der für die Einhaltung des geplanten Defizits nötig gewesen sei.

Herr Geier führte aus, dass die Ansätze für die geplanten Steuereinnahmen durch den GB I geprüft worden seien. Eine Erhöhung der geplanten Einnahmen sei aus seiner Sicht nicht vertretbar. In anderen Geschäftsbereichen konnte aufgrund der Einhaltung der jeweiligen Eckwertebudgets keine Deckung gefunden werden.

Frau Szabados fügte an, dass sich die positive Entwicklung im SWH-Konzern angedeutet habe, aber noch keine gesicherten Zahlen vorlagen. Aufgrund des fortgeschrittenen Jahres bestärkte sich der positive Trend.

Es wurde darüber diskutiert, ob der Beratungsverlauf eine andere Wendung genommen hätte, wenn die Deckung bereits bei der Diskussion des Mehrbedarfes für die Straßen in Höhe von 1 Mio. € vorgelegen hätte. Möglicherweise wäre dem Antrag zugestimmt worden und für die Mehreinnahmen für die Hilfen zur Erziehung hätte eine andere Deckung gefunden werden müssen. Unter Umständen wäre auch eine Änderung des Eckwertebeschlusses in Frage gekommen. Der Eckwertebeschluss dürfe nicht dazu führen, dass der Stadtrat unflexibel in seiner Beschlussfassung ist. Der Umgang damit sei jedoch für die Verwaltung und den Stadtrat ein Lernprozess, der sich an der einen oder anderen Stelle optimieren lasse.

Herr Geier betonte die schwierige Situation. Es sei kein Überschuss, sondern ein Defizit zu verteilen. Frau Szabados bemerkte, dass sie die Beschwerden der Bürger kenne und erläuterte ihre Erwartungen an ein geregeltes Verwaltungshandeln.

(20:25 Uhr - Herr Dr. Meerheim kam wieder in die Sitzung und übernahm die Sitzungsleitung.)

Bezüglich des Beteiligungsberichtes wurde darauf verwiesen, dass dieser in der Sitzung am 6.11.2007 aufgerufen wurde und keine Wortmeldungen gewünscht wurden. Er liege im Bürgerbüro zur Einsichtnahme aus.

#### **Abstimmungsergebnis:**

3 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
8 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2008, den Haushaltsplan 2008 und das Haushaltskonsolidierungskonzept  
Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2006 zur Kenntnis

#### **zu 5.3 Anträge auf Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2007 (ZOO) - Vorlage: IV/2007/06750**

---

Es wurde auf die Diskussion in der Sitzung am 6.11.2007 verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt:

1. die überplanmäßige Ausgabe für den Zuschuss an die ZOO GmbH in Höhe von 350.000 € in der Haushaltsstelle 1.3230.715000.

Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen in Höhe von 350.000 € in der Haushaltsstelle 1.9000.011000 (Ausgleichszahlungen für Steuerausfälle – Familienleistungsausgleich).

**zu 5.4 Feststellung Jahresabschluss 2006 der Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH  
Vorlage: IV/2007/06787**

---

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

**Abstimmungsergebnis:**

11 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH geprüfte und am 31. Juli 2007 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2006 wird mit

Bilanzsumme	EUR	118.613.900,75.
Bilanzverlust	EUR	9.377.726,33.

festgestellt.

2. Aus den anderen Gewinnrücklagen ist ein Betrag in Höhe von 9.377.726,33 EUR zur Verrechnung mit dem Jahresfehlbetrag in Höhe von 9.377.726,33 EUR zu entnehmen.

3. Der von der Geschäftsführung der VVV vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH geprüfte und am 31. August 2007 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Konzernabschluss des Geschäftsjahres 2006 wird mit

Bilanzsumme	EUR	1.296.705.149,15.
Konzern-Bilanzgewinn	EUR	0,00.

festgestellt.

4. Der Geschäftsführung, bestehend aus den Herren Wilfried Klose (Sprecher), Francois Girard, Eberhard Doege (bis 15.Juni 2006) und Egbert Geier (ab 15.Juni 2006) wird für das Geschäftsjahr 2006 Entlastung erteilt.
5. Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden für das Geschäftsjahr 2006 entlastet.

---

**zu 5.5 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2008  
Vorlage: IV/2007/06749**

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

**Abstimmungsergebnis:**

11 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung für das Wirtschaftsjahr 2008 wird bestätigt.

**Finanzielle Auswirkung:**

HH-Stelle 1.8410.715000                      2.163.000 Euro

---

**zu 5.6 entfällt**

---

**zu 5.7 Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung für den Zeitraum 01.01.2008 bis 31.12.2008  
Vorlage: IV/2007/06725**

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

**Abstimmungsergebnis:**

11 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

1.  
Der Stadtrat stimmt dem Bedarfs - und Entwicklungsplan für den Zeitraum 01.01.2008 bis 31.12.2008 (Anlage 1 der Vorlage) zu.
2.  
Für die im Bedarfs - und Entwicklungsplan ausgewiesenen Kindertageseinrichtungen ist die gesetzliche Finanzierung gemäß § 11 KiFöG im Haushalt 2008 sicherzustellen (Anlage 2 der Vorlage).

**zu 5.8      Grundschule Büschdorf, Brandschutztechnische Maßnahmen  
Vorlage: IV/2007/06746**

---

Herr Wolter informierte, dass der Vergabeausschuss der Vorlage nicht zugestimmt habe.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt

**Ergebnis:**

Wiedervorlage nach abschließendem Votum des Vergabeausschusses.

**zu 5.9      Ausgliederung der Singschule aus dem Konservatorium "Georg  
Friedrich Händel" und Überführung in die Trägerschaft der  
Jugendwerkstatt Frohe Zukunft e.V.  
Vorlage: IV/2007/06659**

---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Bönisch, Herr Wolter, Herr Misch, Frau Ewert, Herr Schramm, Frau Szabados und Herr Dr. Marquardt.

Auf die Frage, an welcher Stelle die konkreten Einsparungen durch die Übertragung erzielt werden können, antwortete Frau Szabados, dass durch die Übertragung des Gebäudes an den Verein Jugendwerkstatt Frohe Zukunft keine Kosten mehr für Miete entstehen werden. Außerdem komme der Verein für die baulichen Erfordernisse auf. Die Einnahmen entfallen für die Stadt. Diese Verfahrensweise wurde in der Vergangenheit bereits praktiziert, hat sich in der Praxis bewährt und soll auch zukünftig fortgesetzt werden.

Einige Mitglieder befürchteten die Gefahr von Qualitätseinbußen.

(21:00 Uhr - Frau Nagel verließ die Sitzung.)

Frau Szabados führte aus, dass durch die Ausgliederung mehr finanzielle Mittel für die Ausbildung zur Verfügung stehen. Bezüglich von Personalüberleitungsverträgen wurden noch keine förmlichen Gespräche geführt, da der Beschluss des Stadtrates noch nicht gefasst worden sei. Auf Hinweis von Herrn Wolter sagte sie zu, die Vorlage dahingehend zu ergänzen, dass die Gebühren des Konservatoriums Anwendung finden. Zusätzlich avisierte sie eine Vorlage bezüglich der Übertragung des Gebäudes auf Erbbauzinsbasis.

Von mehreren Mitgliedern wurde erläutert, dass sich die Singschule in einer schwierigen Situation befinden habe. Der Weg bis zu dieser Vorlage war beschwerlich, führe aber in die richtige Richtung und solle politisch umgesetzt werden. Der Kulturausschuss habe der Vorlage bereits zugestimmt

(21:15 Uhr - Herr Prof. Dr. Schuh verließ die Sitzung.)

Herr Dr. Marquardt erläuterte, dass die Haushaltskonsolidierungsansätze des Konservatoriums und des Stadtsingechores zurzeit intern überprüft werden und der Kulturausschuss vom Ergebnis informiert werde.

#### **Abstimmungsergebnis:**

6 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung  
mehrheitlich zugestimmt

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die Ausgliederung der Singschule aus dem Konservatorium „Georg Friedrich Händel“ und die Überführung in die Trägerschaft der Jugendwerkstatt Frohe Zukunft e.V. mit Wirkung vom 1. Januar 2008.

#### **Finanzielle Auswirkung:**

Jährliche Einsparung in Höhe von 50.000,- €

### **zu 5.10    Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Wochenmärkte und der Volksfeste, Spezial- und Jahrmärkte und andere Sonderveranstaltungen der Stadt Halle (Saale) (Marktgebührensatzung) Vorlage: IV/2007/06731**

---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Schramm und Frau Szabados.

Herr Wolter bat die Verwaltung, ihm die derzeit noch gültige Marktgebührensatzung zuzumailen.

Auf Nachfrage erläuterte Frau Szabados,  
erläuterte zu

#### **§ 2 (3)**

Von einer Gebührenpflicht kann ganz oder teilweise absehen kann, wenn ein öffentliches Interesse besteht. Die Feststellung des Vorliegens eines öffentlichen Interesses obliegt der Stadt Halle (Saale).



dass die Verwaltung diese Entscheidung treffe und sich am bürgerschaftlichen Engagement und Nutzen für die Bürger orientiere. Eine Entscheidung durch den Stadtrat sei zu weitschweifig.

**Abstimmungsergebnis:**

11 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Wochenmärkte und der Volksfeste, Spezial- und Jahrmärkte und andere Sonderveranstaltungen der Stadt Halle (Saale) (Marktgebührensatzung) vom 21.11.2007.
2. Die Verwaltung wird beauftragt diese Satzung ortsüblich bekannt zu geben.

**Finanzielle Auswirkung:**

Haushaltsstelle: VerwHH :	Einnahmen	1.7300.1	997.900,00 Euro
	Einnahmen	1.1100.11	15.000,00 Euro
	Ausgaben	1.7300.4-6	1.012.900,00 Euro

**zu 5.11 Erste Änderung zur Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer auf Spielgeräte und Spieleinrichtungen sowie Veranstaltungen anderer Art  
Vorlage: IV/2007/06766**

---

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

**Abstimmungsergebnis:**

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die erste Änderung der Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer auf Spielgeräte und Spieleinrichtungen sowie Veranstaltungen anderer Art in der Fassung vom 18.07.2007

**Finanzielle Auswirkung:**

Haushaltsstelle: VerwHH : 1.9000.021000

**zu 5.12 Anträge auf Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2007 im Verwaltungshaushalt für Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz und Erstattungen an übrige Bereiche - Kindertagesstätten  
Vorlage: IV/2007/06812**

---

Auf Nachfrage von Herrn Wolter erläuterte Herr Geier, dass die Ansätze für das Jahr 2008 nicht angepasst wurden. Den Planungen liegen Schätzungen zugrunde. Finanzielle Reserven können bei der derzeitigen Haushaltslage nicht gebildet werden. Die tatsächliche Höhe der finanziellen Mittel, die benötigt werden, hänge von den konkreten Fallzahlen ab, die sich im Laufe des Haushaltsjahres ergeben.

**Abstimmungsergebnis:**

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt:

1. die überplanmäßige Ausgabe für Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz in Höhe von 134.700 EUR in der Haushaltsstelle 1.4811.788000.

Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen in Höhe von 89.800 EUR in der Haushaltsstelle 1.4811.161000 (Erstattungen vom Land) und durch Minderausgaben in Höhe von 44.900 EUR im Deckungskreis GD 1.4070.518000 (Verwaltung der Jugendhilfe).

2. die überplanmäßige Ausgabe für Kindertageseinrichtungen in Höhe von 318.000 EUR in der Haushaltsstelle 1.4640.678000 (Erstattungen an übrige Bereiche).

Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen in den Haushaltsstellen 1.4640.162000 (Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden) in Höhe von 68.100 EUR sowie 1.4640.178000 (Zuschüsse von übrigen Bereichen) in Höhe von 249.900 EUR.

**zu 5.13 Antrag auf Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für das Haushaltsjahr 2007 im Verwaltungshaushalt für die Hilfen zur Erziehung - Vorlage: IV/2007/06815**

---

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

**Abstimmungsergebnis:**

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßige Ausgabe an den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie in den Haushaltsstellen 1.4550.770000 (Hilfe zur Erziehung - Leistungen der Jugendhilfe in Einrichtungen) in Höhe von 1.900.000 EUR und 1.4560.770000 (Hilfe für junge Volljährige / Inobhutnahme - Leistungen der Jugendhilfe in Einrichtungen) in Höhe von 100.000 EUR.

Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen in der Haushaltsstelle 1.4750.150000 (Förderung der Jugendhilfe - sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen) in Höhe von 21.000 EUR sowie Minderausgaben in den Unterabschnitten 4101 bis 4850 in Höhe von 1.979.000 EUR.

**zu 5.14 Freigabe von Mitteln zur Umsetzung von Projekten zum Abbau des Altdefizits und deren Verwendung - Vorlage: IV/2007/06805**

---

Frau Szabados führte auf Nachfrage von Herrn Misch aus, dass die Einleitung des Verfahrens erst nach Beschlussfassung der Thematik durch den Stadtrat erfolge.

**Abstimmungsergebnis:**

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt

1.  
die Zustimmung zur Verwendung bereits freigegebener Finanzmittel zugunsten der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) in Höhe von **11.542,67 Euro** für weitere Umsetzungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der grundsätzlich beschlossenen Veräußerung des Eigenbetriebes „Psychiatrisches Krankenhaus Halle (Saale)“ und

2.  
die Freigabe von Mitteln zugunsten der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) im Haushaltsjahr 2007 in Höhe von 20.000 EUR für Umsetzungskosten im Zusammenhang mit der grundsätzlich beschlossenen Veräußerung des Eigenbetriebes „Psychiatrisches Krankenhaus Halle (Saale)“.

**zu 5.15 Vereinigung der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle und der Kreissparkasse Merseburg-Querfurt  
Vorlage: IV/2007/06813**

---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Misch, Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim und Frau Szabados.

Frau Szabados führte aufgrund einer Nachfrage zur paritätischen Besetzung des Verwaltungsrates aus, dass die Fusion grundsätzlich eine vernünftige Entscheidung sei. Die Unterschiede zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Saalekreis seien nicht mehr so erheblich wie früher. Der Sitz verbleibe in der Stadt Halle (Saale), dies sei ihr sehr wichtig gewesen. Das Ziel solle eine gemeinsame Sicht über das Gebiet sein. Die Fusion sei ein wichtiges Signal nach außen.

Die Verwaltung wurde gebeten, das Berechnungsverfahren der Verteilung der Sitzung zu überprüfen und in der morgigen Hauptausschusssitzung oder in der Sitzung des Stadtrates vorzulegen sowie zu erläutern.

### **Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung  
einstimmig zugestimmt

### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Halle auf der Basis der nachstehenden Punkte die Vereinigung der beiden Sparkassen zu beschließen.

1. Auf der Grundlage des § 28 Abs. 1 des Sparkassengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SpkG-LSA) vom 13.07.1994 (GVBl. S. 823), zuletzt geändert am 18.12.2002 (GVBl. S. 447) i. V. m. § 18 Abs. 3 des Gesetzes zur Kreisgebietsneuregelung (LKGebNRG) vom 11.11.2005 (GVBl. S. 692 ff), werden

die Stadt- und Saalkreissparkasse Halle  
und die Kreissparkasse Merseburg-Querfurt  
zur Saalesparkasse

vereinigt.

Der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung (Anlage 1 der Vorlage) zwischen dem Landkreis Saalekreis und der Stadt Halle (Saale) über die Vereinigung der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle und der Kreissparkasse Merseburg-Querfurt wird zugestimmt.

2. Die Vereinigung erfolgt zum 30. Dezember 2007.
3. Die Vereinigung erfolgt auf dem Wege der Aufnahme der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle durch die Kreissparkasse Merseburg-Querfurt.
4. Die Kreissparkasse Merseburg-Querfurt übernimmt die Aktiva und Passiva der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle nach den Werten der Jahresbilanz zum 31. Dezember 2006 im Wege der Gesamtrechtsnachfolge. Sie tritt in die mit den Bediensteten dieser Sparkasse abgeschlossenen Dienst-, Arbeits- und Berufsausbildungsverträge ein.
5. Sitz der Saalesparkasse ist die Stadt Halle (Saale).
6. Die Satzung der Saalesparkasse wird beschlossen (Anlage 2 der Vorlage).

7. Als Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse werden gewählt:
- a) vier weitere Mitglieder gem. § 11 Abs. 1 Satz 4, 1. Halbsatz SpkG-LSA
    - Frau Dagmar Szabados (gemäß § 2 Abs. 2 Satz 3 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung)
    - Herr Stadtrat Hendrik Lange (DIE LINKE)
    - Frau/Herr N. N. (Vorschlag CDU)
    - Frau/Herr N. N. (Vorschlag SPD)
  - b) übrige weitere drei Mitglieder gem. § 11 Abs. 1 Satz 4, 2. Halbsatz SpkG-LSA
    - aa) Frau/Herr N. N. (Vorschlag durch WIR.FÜR HALLE/Bündnis 90/Die GRÜNEN/MitBürger)
    - bb) Frau Marion Krischok (Vorschlag durch DIE LINKE)
    - cc) Frau/Herr N. N. (Vorschlag CDU)
  - c) ein stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrates für die Gruppe gem. a)
    - Frau/Herr N. N. (Vorschlag durch FDP+ GRAUE+WG VS 90)
  - d) ein stellvertretendes Mitglieder für die Gruppe gem. b)
    - Frau/Herr N. N. (Vorschlag durch SPD)

Redaktionelle Hinweise der Sparkassenaufsichtsbehörde, die sich aus der Anwendung und Auslegung des Sparkassengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt ergeben und den Inhalt der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung nicht verändern, können bis zum Unterzeichnungstermin in die öffentlich-rechtliche Vereinbarung eingearbeitet werden.

## **zu 6        Berichte**

---

### **zu 6.1      Bericht über den Stand des PPP-Projektes in der Stadt Halle (Saale)**

---

Herr Hildebrand erläuterte aufgrund der vorgerückten Tageszeit auf Bitte der Ausschussmitglieder nur kurz über den Stand des PPP-Projektes in der Stadt Halle (Saale). Er betonte besonders, dass die Baumaßnahmen planmäßig durchgeführt werden und sich im Zeitplan befinden. In wöchentlichen Beratungen werde das Projekt überwacht. Negativ seien die Vandalismusschäden in der Humboldtschule. Der Bildungsausschuss werde ständig informiert.

Herr Rauschenbach führte bezüglich des PPP-Projektes für die Kindereinrichtungen aus, dass dieser Teil noch weiter vorangeschritten sei. Er betonte die gute verwaltungsinterne Unterstützung. Das Budget werde eingehalten.

### **zu 6.2      Bericht über den Haushaltsvollzug**

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.



FA-23.10.2007\_14-0  
7-39.pdf

## **zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Schriftliche Anträge lagen nicht vor und mündliche Anträge wurden nicht gestellt.

## **zu 8 Anfragen von Stadträten**

---

### Mietvertrag Stadthaus

Herrn Wolter fragte nach, ob der Mietvertrag für das Stadthaus, nach abschließendem Votum des Eigenbetriebsausschusses ZGM, auch im Ausschuss für Finanzen beraten werde. Herr Geier sagte eine Überprüfung zu.

## **zu 9 Beantwortung von Anfragen**

---

Die Beantwortungen von Anfragen wurden in schriftlicher Form vorgelegt.

## **zu 10 Anregungen**

---

## **zu 11 Mitteilungen**

---

Zu den Tagsordnungspunkten 10 und 11 wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim  
Vorsitzender  
des Ausschusses

Egbert Geier  
Beigeordneter  
Zentraler Service

Martina Beßler  
Referentin GB I  
Protokollantin